Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 44. Sonnabend, 21. Februar 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeittaubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nächtägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Erneute scharfe Kritik im Reichstage.

Der Etat des Reichsverkehrsministeriums in zweiter Lesung angenommen.

Schlagwetter-Explosion bei Eschweiler. — Schweres Lawinenunglück in Osttirol.

)(**Berlin.** **Im Reichstag wurde der Etat des Reichsverkehrsministeriums in zweiter Beratung angenommen.**

Darauf verabschiedete das Haus die **Novelle zum Preßgesetz**, die es **Abgeordneten verbietet, als verantwortliche Redakteure zu zeichnen.**

•

vdz. **Berlin**, den 20. 2. 31.

Reichstagspräs. Löbe eröffnet die Reichstagssitzung um 3 Uhr.

Heiterkeit entsteht, als er zunächst ein **Urlaubsgesuch des Abg. Graef** (Dn.) für 14 Tage wegen dringender Geschäfte bekanntgibt. Dem Gesuch wird stattgegeben.

Das Haus setzt dann die Beratung des

Haushalts des Reichsverkehrsministeriums

fort. Damit verbunden wird auch ein **Antrag des Abg. Rippel** (Chr.-Soz.), **die Gehälter der oberen Reichsbahnbeamten herabzusetzen und denen der gleichgestellten Reichsbeamten anzupassen.**

Abg. **Groß** (Ztr.) begrüßt die **einheitliche Zusammenfassung der Fremdenverkehrswerbung.** Es sei auf diesem Gebiete noch viel Versäumtes nachzuholen. Die Reichsbahn werde wegen ihrer schlimmen Finanzlage die Hilfe des Reiches in Anspruch nehmen müssen. Es gehe auf die Dauer nicht an, daß die Reichsbahn gegenüber der Reichspost benachteiligt werde. Leider sei unter den augenblicklichen Verhältnissen **eine Senkung der Reichsbahntarife nicht möglich.** Im Gegensatz zu früher sei die Reichsbahn ein kapitalistisches Ausbeutungsobjekt geworden. Dieselben Leute, die in Paris verhandelt hätten und die schwere Belastung der Reichsbahn nicht verhindern konnten, hielten in ihren Kundgebungen an dem kapitalistischen System der Reichsbahn fest. Was die Reichsbahnverwaltung an Abbaumaßnahmen und an Lohnverschlechterung im Wege des Diktats geleistet habe, verstoße wider Treu und Glauben (Hört! Hört! l. Ztr.). Auf derselben Linie liege die willkürliche Schließung von Eisenbahnwerkstätten. Es müsse mit diesem System endlich Schluß gemacht werden (Sehr richtig!). — Der **Schenker-Vertrag** sei den Spediteuren schon 1924 bekannt geworden, so daß von einer Ueberrumpelung nicht gesprochen werden könne. Ohne Zweifel bedeute dieser Vertrag ein Monopol, durch das weite Kreise geschädigt würden. Eine Klärung der Rechtslage durch die Regierung sei notwendig.

Abg. **Scheffel** (Soz.) **verurteilt gleichfalls das Verhalten der Reichsbahnverwaltung beim Abschluß des Schenker-Vertrages.** In Wirtschaftskreisen bestehe starke Mißstimmung darüber, daß dieser Vertrag ohne Befragung der zuständigen Stellen abgeschlossen worden sei. Mindestens müsse auf eine Aenderung hingewirkt werden. Es heiße, die Reichsbahn solle unter Umständen bis zu 100 Millionen Mark Zuschuß auf Grund des Vertrages leisten. Woher aber wolle sie die Mittel dazu nehmen? Die Arbeitsbedingungen bei der Reichsbahn verdienten die schärfste Kritik. Unten baue man ab, aber die Zahl der oberen Beamten werde vermehrt.

Reichsverkehrsminister v. Guérard erwidert, daß er sich **am nächsten Montag im Interfraktionellen Ausschuß über die Gehälter der leitenden Beamten bei der Reichsbahn äußern werde.** Er sei durchaus bereit, die Gehälter der leitenden Beamten mitzuteilen; ebensowenig habe er auch Bedenken, zur **Frage der Leistungszulagen** Stellung zu nehmen, die er in ihrem jetzigen Aufbau für unerträglich halte. Der Minister betont weiter, daß auch er sich für die **weitestgehende Verwendung inländischer Baustoffe zum Wegebau einsetze** und daß die Verwendung ausländischen Materials auf das notwendigste Maß beschränkt werden müsse; allerdings könne er den Wegebauverbänden zwingende Vorschriften darüber nicht machen. Der Minister hebt hervor, daß er bestrebt sei, eine Schädigung der östlichen Wirtschaft durch den Bau des Mittellandkanals zu vermeiden. Er bittet weiter um Ablehnung des Antrages, 150 000 Mark zum Ausgleich der den Unterweserhäfen entstandenen Schäden zu verwenden. Der Abg. Groß befinde sich im Irrtum, wenn er glaube, daß eine Ueberrumpelung durch den Schenker-Vertrag nicht vorliege. Allerdings habe Herr v. Siemens im Jahre 1924 dem damaligen Generaldirektor Oeser einen solchen Plan vorgetragen, er sei aber entschieden abgelehnt worden. (Hört! Hört!)

Abg. **Helmerich** (Bayr. Vp.) wendet sich gegen die ungerechte Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer. Preußen erhalte bei rund 148 000 Straßenkilometern 450 000 Mark, Bayern bei 80 000 Kilometern 96 000 Mark. Gerade Bayern mit seinen großen Durchgangsstraßen sei also besonders benachteiligt. Die Gleiserneuerung bei der Reichsbahn sei noch immer durchaus unzulänglich. Die Eisenbahnkatastrophen der letzten Jahre sollten der Reichsbahn über die Notwendigkeit dieser Maßnahmen die Augen geöffnet haben. Der Redner kritisiert die Personalpolitik der Reichsbahn. In den Jahren 1925/29 sei die Gesamtzahl der Beamten um 10 Prozent verringert worden, während im gleichen Zeitraum die Zahl der höheren Beamten um mehr als 10 Prozent zunahm. Der Redner äußerte dann Wünsche für die Verkehrsverbesserungen im Bayerischen Wald.

Abg. **Meyer**-Hannover (Dtsch.-Hann.) bedauert, daß die Reichsbahn den **Kleinbahnen** gegenüber seit Jahren eine feindselige Haltung an den Tag lege. Das Ministerium müsse auch den Uferabbrüchen an der Unterelbe stärkere Beachtung schenken; der Minister sollte sich persönlich einmal von den umfangreichen Schäden überzeugen, die seit Jahren durch diese Abbrüche entstünden. Der Redner fordert eine stärkere Unterstützung der kleineren Küstenschiffahrt, die gegenüber den großen Reedern stark benachteiligt werde. Die Lotsengebühr im Kaiser-Wilhelm-Kanal sei viel zu hoch.

Abg. **Chwalek** (Komm.) verweist auf die dringende Notwendigkeit, den Schenker-Vertrag, durch den 150 000 Speditionsangestellte zur Entlassung kämen, sofort rückgängig zu machen.

Abg. **Haag** (Dtsch. Landv.) fordert die **Fertigstellung der fast vollendeten Bahnbauten.** Die Frachten für den deutschen Obst- und Weinbau müßten gesenkt werden. Auch die Luft-Hansa sollte sich in den Dienst des deutschen Edelobstabsatzes durch tarifliche Vergünstigung stellen.

Abg. **Dr. Schreiber** (Ztr.) fragt, ob es zutrifft, daß die **Motorenprüfung** jetzt vielfach dem **Ausland überlassen** wird, weil die technischen Prüfungsmöglichkeiten bei der Versuchsanstalt für Luftfahrt nicht ausreichten.

Reichsverkehrsminister v. Guérard bezeichnet dies als zutreffend; es herrsche in Deutschland tatsächlich ein Mangel an ausreichenden Prüfungsmöglichkeiten für Motore.

Damit schließt die Aussprache.

In der Abstimmung wird der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums unter Ablehnung sämtlicher Aenderungsanträge in zweiter Lesung angenommen.

Angenommen wird auch eine sozialdemokratische Entschließung, auf die Reichsbahn dahin einzuwirken, daß verbilligte Wochenkarten ausgegeben werden für Arbeiter, die durch Einführung der Fünftagewoche die bisherigen Wochenkarten nur an fünf Wochentagen benutzen können.

Ebenso finden Entschließungen Annahme, die Gehälter der oberen Reichsbahnbeamten denen der gleichgestellten Reichsbeamten anzupassen und umgehend eine Zusammenstellung über die Bezüge aller hohen Reichsbahn- und Reichsbankbeamten vorzulegen.

Weiter wurde eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung auffordert, unverzüglich die Rechtslage über den Schenker-Vertrag mit der Reichsbahn klarzustellen. Die übrigen Entschließungen dazu wurden der Ausschußberatung überwiesen.

Annahme fand auch eine kommunistische Entschließung, wonach die Reichsregierung auf die Reichsbahn dahin wirken soll, daß die kostenfreie Beförderung aller Schwerkriegs- und Schwerunfallverletzten in der Polsterklasse durchgeführt wird.

In einer weiteren angenommenen Entschließung wird die Reichsregierung ersucht, Mittel für die Niedrigwasserregulierung der Elbe zur Verfügung zu stellen.

Die Vorlage zur **Aenderung des Pressegesetzes**, wonach Abgeordnete nicht verantwortliche Redakteure sein dürfen, wird in einfacher Abstimmung gegen die Kommunisten und einigen Mitgliedern des Landvolks in der Schlußabstimmung **angenommen.** Das Gesetz tritt am 1. März d. Js. in Kraft.

Es folgt die **Beratung des Kriegslastenhaushalts.**

Abg. **Nitzel** (Soz.) schildert die **Notlage des besetzt gewesenen Gebietes und fordert Reichshilfe.** Die Bevölkerung des deutschen Westens habe für die nationalsozialistischen Agitationsmethoden nicht das geringste Verständnis.

Abg. **Schreck**-Baden (Komm.) verweist auf die **Massenarbeitslosigkeit** und das **Wohnungselend im Westen.** Die Notlage der Arbeitslosen werde von deutschen Arbeitsämtern dazu benutzt, Tausende von Proletariern zu Hungerlöhnen an Frankreich zu verschachern, wo sie an den imperialistischen Rüstungsarbeiten mitwirken müßten.

Die Weiterberatung wird dann auf **Sonnabend 12 Uhr** vertagt.

Schluß 7¼ Uhr.

•

Die heutige Reichstagssitzung

begann bereits um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Beratung des Kriegslastenhaushalts. Dann soll der Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter in Angriff genommen werden.

Mißglückter Putsch in Peru

New York, 21. Februar. Wie aus der peruanischen Hauptstadt Lima gemeldet wird, wurde dort gestern in den frühen Morgenstunden der Versuch unternommen, die Regierung Cerro zu stürzen. Der Putsch mißglückte; die Verschwörer flüchteten nach Callao, wo sie von Truppen umzingelt wurden.

Zwischenfall in der Wandelhalle des Reichstags.

Schreckschüsse auf den neuen Dresdner Oberbürgermeister Dr. Külz.

* **Dresden.** In der Wandelhalle des Reichstages kam es am Freitagnachmittag gegen 18 Uhr zu einem aufregenden Zwischenfall. Ein älterer Herr, der sich dort schon seit längerer Zeit aufgehalten hatte, gab plötzlich auf den neben ihm stehenden staatsparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Külz drei Schüsse ab. Dr. Külz sprang auf den Mann zu. Darauf gab dieser einen weiteren Schuß ab. Dr. Külz übergab darauf den Mann den herbeieilenden Dienern. Der Revolver wurde ihm abgenommen und die Kriminalpolizei verständigt. Der Festgenommene war schon seit mehreren Tagen in der Wandelhalle erschienen, wie er sagte als Vertreter der bayrischen Kleinrentner. Durch sein merkwürdiges Wesen war er am gestrigen Freitag dem Abgeordneten Dr. Külz aufgefallen. Dieser beobachtete den Mann deshalb unauffällig.

Die polizeilichen Ermittelungen ergaben, daß der Täter ein gewisser Schmidt aus Würzburg ist, der bis jetzt in einem Berliner Hospiz wohnte. Die Waffe, die er benutzte, war eine Schreckschußpistole. Bei der Festnahme bat Schmidt den Abgeordneten Dr. Külz wegen seiner Tat flehentlichst um Entschuldigung.

Dr. Külz war bekanntlich am 9. Februar in der Stadtverordnetenversammlung zum neuen Dresdner Oberbürgermeister ernannt worden und wird demnächst sein Amt antreten.

Wie zu dem Zwischenfall im Reichstagsgebäude weiter gemeldet wird, scheint es sich bei dem Täter um einen geisteskranken Menschen zu handeln.

Dr. Külz, der zufällig in der Nähe des Schützen stand, ging auf den Mann zu, **worauf dieser auf Dr. Külz anlegte und einen weiteren Schuß abgab.**

Die Wandelhalle war zur Zeit des Zwischenfalles sehr stark besucht. Die Schüsse riefen begreiflicherweise einige Aufregung hervor. Während mehrerer Sekunden herrschte allgemeine Verwirrung, da man nicht wußte, ob die Kanonade noch weiter ging und es infolgedessen ratsam war, Deckung zu suchen. Die Spannung löste sich aber sofort, als die Festnahme des Schützen bemerkt wurde. Nun strebte alles dem Ort der Tat zu. Der Schütze wurde inzwischen in das Reichstagsbüro gebracht. **Er ließ sich ohne Widerstand festnehmen und bat den Abg. Dr. Külz wegen seiner Tat flehentlich um Entschuldigung.** Man hatte zuerst den Eindruck, daß es sich um einen Geisteskranken handelte. Nach der ersten Vernehmung, die im Reichstagsbüro stattfand, ist dies aber unwahrscheinlich geworden. Der Schütze, ein **gewisser Schmidt aus Würzburg**, gab durchaus klare und ruhige Antworten. Er erzählte, daß er Vertreter der bayrischen Rentner sei und konnte dies auch mit Ausweisen verschiedener Rentnerverbände belegen. Er sei in den letzten Tagen bei den Abgeordneten verschiedenster Parteien vorstellig geworden, habe aber damit keinen Erfolg gehabt. Da er nicht unverrichteter Dinge nach Hause zurückkehren wollte, habe er **aus einer Schreckschußpistole die Schüsse abgegeben**, um die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf sich zu lenken. Die Feststellungen ergaben, daß es sich tatsächlich **nicht um scharfe Schüsse, sondern nur um Schreckschüsse gehandelt** hat. Nach einiger Zeit wurde Schmidt in das Berliner Polizeipräsidium eingeliefert.

SLUB
Wir führen Wissen.